

newsletter*

Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

Inhaltsverzeichnis

1. Bundeshaushalt 2019
2. Grundgesetz-Änderung
3. Forschungsreihe „Politik und Wissenschaft im Dialog“
4. Fachgespräch BBiG
5. Position AFBG
6. Position BAföG
7. Position Clinical Scientists
8. Position Fachhochschulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein ereignisreiches und arbeitsames Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Die Koalitionsfindung zu Beginn des Jahres war schwierig, aber nichtsdestotrotz haben wir uns viel vorgenommen, besonders im Bereich Bildung und Forschung. Noch vor Jahresende ist es gelungen, die Abschaffung des Kooperationsverbots einen entscheidenden Schritt weiter zu treiben. Mit Stimmen von SPD, CDU/CSU, FDP und den Grünen ist es gelungen, eine Einigung für die Grundgesetzänderung über die Parteigrenzen hinweg im Deutschen Bundestag zu erzielen. Für die SPD-Bundestagsfraktion war stets klar, dass der Digitalpakt mit der Grundgesetzänderung verknüpft ist. Deswegen bedeutet die Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Länder eine Verzögerung beim Digitalpakt. Auch wenn ich persönlich das Anliegen der Länder für legitim halte, ist bei der Einigung Eile geboten, damit der Digitalpakt zügig starten kann.

Zwei weitere Gesetzesvorhaben konnte die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion entscheidend vorantreiben. Mit unseren Positionspapieren zum BAföG und zum BBiG konnten wir wichtige Eckpunkte für das Verfahren zur Gesetzgebung setzen. Wir machen deutlich, dass die SPD-Bundestagsfraktion in der Koalition ein eigenes Profil hat für mehr Chancengleichheit, gute Bedingungen in der Ausbildung und für gemeinsame Kraftanstrengungen von Bund und Ländern für die beste Bildung. Gleichzeitig zeigen wir auf, dass wir über den Koalitionsvertrag hinaus mehr wollen. Wir wollen eine moderne Ausbildungsfinanzierung, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein wirkt und aus Brüchen Chancen für beruflichen Aufstieg macht. Wir wollen, dass der Staat den Menschen zugewandt ist und sie bei der Verwirklichung ihrer persönlichen Bildungsziele aktiv unterstützt. Auch im nächsten Jahr wird sich die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung mit aller Kraft dafür einsetzen.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Kaczmarek, MdB
Sprecher der AG Bildung und Forschung

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ARBEITSGRUPPE BILDUNG UND FORSCHUNG
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON (030) 227-51009 / **E-MAIL** AGBILFO@SPDFRAKTION.DE

1. 2./3. Lesung des Bundeshaushalts 2019

Im Ergebnis der Beratung des Bundeshaushalts 2019 in der 2./3. Lesung sind zusätzlich über 1,4 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die nächsten Jahre bereitgestellt worden. Diese Erhöhungen, die auch den Einzelplan 30 des BMBF betreffen, sind zum großen Teil auf Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion zurückzuführen.

Gestärkt werden beispielsweise die Programmförderung der Grundbildung und der Alphabetisierung, der Sozial- und Geisteswissenschaften, der Forschung für Produktion, Dienstleistung und Arbeit, der Integrations- und Migrationsforschung sowie der Innovationsförderung in den neuen Ländern. Die Gründung von fünf neuen Instituten beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und von zwei neuen Fraunhofer Instituten für Energieinfrastruktur und Geothermie in den Braunkohlerevieren in der Lausitz und Nordrhein-Westfalen einerseits und für Transnationale Neuroinflammation andererseits werden finanziell ermöglicht, sowie der Ausbau des Fraunhofer „Ocean Technology Center“. Die Schaffung der Agentur für Sprunginnovationen ist mit 116 Millionen Euro finanziell sichergestellt und wird parlamentarisch flankiert werden. Das zentrale Forschungsthema Künstliche Intelligenz wird in den nächsten Jahren mit 500 Millionen Euro gefördert, bis 2023 sogar mit 3 Milliarden Euro. Im Rahmen einer Museumsinitiative 2.0 erhalten die acht Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft zusätzliche Mittel für eine bessere Wissenschaftskommunikation. Auch die Schaffung eines zweiten Wissenschaftscampus am Naturkundemuseum in Berlin ist ein SPD-Projekt.

Wie bei der ersten Lesung des Bundeshaushalts angekündigt, haben wir außerdem Anschubfinanzierungen für ein neues Förderprogramm für Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Aufgaben der Integration sowie für einen neuen Wettbewerb für innovative Ansätze in der Ausbildung bereitgestellt. Nicht zu vergessen ist natürlich der Digitalpakt, für den unser Finanzminister Olaf Scholz die Finanzierung sichergestellt hat, bis die Versteigerung der 5G-Lizenzen unter Dach und Fach ist.

Schließlich muss auf die von den Haushältern aller Fraktionen beschlossene 25%-Sperre bei den Betriebsmitteln der Helmholtz-Gemeinschaft aufgrund drastisch angewachsener Selbstbewirtschaftungsmittel (SB-Mittel) bei den Forschungsorganisationen hingewiesen werden. Für uns bleibt in dieser Hinsicht wichtig, dass die Wissenschaftsfreiheit respektiert wird.

2. Grundgesetz-Änderungen

Am 29. November 2018 wurde im Bundestag mit einer 2/3-Mehrheit in einer namentlichen Abstimmung eine Grundgesetzänderung beschlossen, mit der der Bund in die digitale Ausstattung von Schulen, den Nahverkehr und den sozialen Wohnungsbau mehr investieren könnte. Nach einer Einigung auf Ebene der Spitzen der Koalitionsfraktionen mit den Fraktionen von FDP und Grünen stand eine Änderung der Artikel 104b, 104c, 125c und 143e und eine Neufassung eines 104d des Grundgesetzes zur

Abstimmung. Diesen Änderungen stimmten die gesamte SPD-Bundestagsfraktion, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei 5 Abweichlern, die Fraktion der Grünen, der FDP-sowie Fraktion die Linke in Gänze zu.

Die geplanten Änderungen des Grundgesetzes sind ein wichtiger Beitrag, um die sozialen und regionalen Unterschiede in Deutschland abzubauen und damit für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen. Die Lebenschancen eines Menschen dürfen weder vom Portemonnaie der Eltern noch davon abhängen, in welcher Region man aufwächst. Anders gesagt: Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden.

Mit dem geänderten Artikel 104c des Grundgesetzes wird der Bund ermächtigt, allen Ländern und Kommunen Finanzhilfen zur Modernisierung der Bildungsinfrastruktur (zum Beispiel WLAN, Server, digitale Tafeln etc.) zur Verfügung zu stellen. Die Beschränkung auf finanzschwache Kommunen wird gestrichen. Auf dieser Grundlage können dann auch endlich die Mittel für den Digitalpakt fließen, die schon seit einigen Jahren den Schulen versprochen wurden.

Zusammengenommen sind die Grundgesetzänderungen nichts weniger als ein starkes und soziales Investitionspaket in die Zukunft unseres Landes: In Schulen, Kitas, Köpfe, bezahlbaren Wohnraum, den öffentlichen Personennahverkehr und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Nach dem Beschluss des Bundestages liegt der Ball jetzt im Feld des Bundesrates. Mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses verzögert sich die Realisierung wichtiger Projekte wie des Digitalpakts. Es ist jedoch legitim, wenn die Länder über die Rahmenbedingungen der Finanzinvestitionen verhandeln wollen, die sich aus der im Bundestag beschlossenen Änderung des Grundgesetzes ergeben, vor allem aufgrund der Änderung des Artikels 104b und des neuen Prinzips der Zusätzlichkeit. Es dürfen jedoch nicht die zusätzlichen Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern als Ganzes in Frage gestellt werden: Wir wollen ein neues Kapitel des kooperativen Bildungsföderalismus aufschlagen, damit Initiativen wie der Digitalpakt oder ein Ganztagserschulprogramm umgesetzt werden können.

3. Verbraucherwissenschaften aus dem Schattendasein holen

Am 21. November fand im Reichstagsgebäude die Auftaktveranstaltung der fraktions-internen Veranstaltungsreihe „Politik und Wissenschaft im Dialog“ statt. Als erstes Forschungsbiet waren die Verbraucherwissenschaften zu Gast.

Mit Prof. Dr. Peter Kenning von der Universität Düsseldorf, der auch Sprecher des Netzwerks Verbraucherforschung des BMJV ist, Frau Prof. Dr. Lucia Reisch von der Zeppelin Universität in Friedrichshafen am Bodensee und Frau Prof. Dr. Hanna Schramm-Klein von der Universität Siegen konnte die SPD-Bundestagsfraktion drei ausgewiesene Expertinnen und Experten für die Diskussion gewinnen.

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, mit Forscherinnen und Forschern zu bestimmten Themenschwerpunkten ins Gespräch zu kommen. Neben unseren großen for-

schungspolitischen Zielen, wie der Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation oder der stärkeren Förderung der Fachhochschulen / Hochschulen für angewandte Wissenschaften, will die SPD-Bundestagfraktion auch in dieser Legislaturperiode eine breite Diskussion über aktuelle wissenschaftspolitische Themen führen. Dabei sollen insbesondere Forschungsbereiche im Mittelpunkt stehen, die (noch) nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden oder mitunter kontroverse Debatten auslösen.

Ein Forschungsbereich, der lange ein Schattendasein in Deutschland gefristet hat, sind die Verbraucherwissenschaften. Verbraucherwissenschaftlerinnen und Verbraucherwissenschaftler beschäftigen sich disziplinübergreifend mit der Rolle von Verbraucherinnen und Verbraucher in unterschiedlichen Kontexten, z. B. im Finanz-, Gesundheits- und Mobilitätsbereich und durch die fortschreitende Digitalisierung auch zunehmend in der „Digitalen Welt“. Neben dem Betreiben von Grundlagenforschung erarbeiten die Forscherinnen und Forscher auch praktische Empfehlungen für eine empirische und evidenzbasierte Verbraucherpolitik.

Verletzliche Verbraucher

Dringenden Handlungsbedarf betonten die Expertinnen und Experten bei der Auftaktveranstaltung im Gespräch mit den Abgeordneten insbesondere in Bezug auf „verletzliche Verbraucherinnen und Verbraucher“, wie z. B. Seniorinnen und Senioren. Grundsätzlich könne jeder durch Faktoren wie Krankheit oder auch Veränderungen der Lebensumstände wie eine Scheidung, Arbeitsplatzverlust oder finanzielle Schwierigkeiten zu einem verletzlichen Verbraucher werden. Hier können die Verbraucherwissenschaften nicht nur Probleme erkennen, sondern auch Handlungsbedarf aufdecken und Instrumente zur Lösung entwickeln.

Die Abgeordneten wollen in ihren jeweiligen Arbeitsgruppen die Ergebnisse weiter diskutieren und nun für die parlamentarische Arbeit nutzen. Weitere Veranstaltungstermine von „Politik und Wissenschaft im Dialog“ sind bereits in Planung.

4. BBiG modernisieren – Berufsausbildung attraktiv machen

Am 13. Dezember 2018 veranstaltete die AG Bildung und Forschung ein Fachgespräch zum Thema „Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)“. Ziel war es, sich mit 12 Expertinnen und Experten über Herausforderungen und Notwendigkeiten zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung auszutauschen und daraus politische Handlungsempfehlungen zur anstehenden Novellierung des BBiG herauszuarbeiten.

Im Austausch mit den Expertinnen und Experten wurde deutlich, dass eine Reform nur gelingt, wenn mit der Novelle die Rahmenbedingungen für die Qualität der Aus- und Weiterbildung im Sinne aller Beteiligten spürbar verbessert und attraktiver gestaltet werden kann.

Im Austausch ging es um Fragen der Finanzierung, der Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit sowie die Bedeutung von Weiterbildung. Darüber hinaus wurde die Qualitätssicherung von beruflicher Bildung ebenso diskutiert, wie die Modernisierung des

Prüfungswesens und die Möglichkeit einer Verankerung des Dualen Studiums und von betrieblich-schulischen Ausbildungen im Berufsbildungsgesetz.

Für die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion stehen Qualität und Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung klar im Fokus einer Novelle des BBiG.

In Auswertung des Fachgesprächs wird diese Position konkretisierend erarbeitet und damit als Roadmap für das Gesetzgebungsverfahren dienen.

5. Positionspapier der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung zur Reform des Aufstiegs-BAföG

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wollen wir das Aufstiegs-BAföG auch in der 19. Wahlperiode mit der dann 4. Novelle des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG) reformieren. Im Frühjahr soll der Deutsche Bundestag über die Reform beraten. Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Zielsetzungen für die geplante Reform in einem Positionspapier zusammengefasst. Damit machen wir deutlich, wie die Aufstiegsfortbildung weiterentwickelt werden muss, damit sie aktuellen Bedarfen gerecht wird und eine attraktive Förderung für weiterbildungswillige Fachkräfte bleibt.

Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen erreichen einen immer höheren Stellenwert für die Menschen in Deutschland als Teil der modernen Arbeitswelt und Mitglieder der Informationsgesellschaft. Verschiedene Initiativen der SPD auf Bundesebene zielen darauf ab, diese Situation aufzugreifen und Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zu unterstützen. Denn gut ausgebildete Fachkräfte sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und Basis unseres Wohlstands. Oft genannte Hürden für die Aufnahme einer Weiterbildung sind die zur Verfügung stehende Zeit sowie die finanzielle Absicherung während der Weiterbildung. Dies wollen wir aber nicht nur mit der Anhebung von Bedarfssätzen und Freibeträgen angehen, sondern die Weiterbildungsförderung weiter öffnen und flexibilisieren.

Deshalb stehen für uns im Zentrum der Reform die Gebührenfreiheit bei den Maßnahmekosten sowie die Förderfähigkeit einer weiteren Weiterbildung. Zudem soll die Antragstellung vereinfacht und die Förderfähigkeit des onlinebasierten E-Learnings ausgebaut werden.

Schlussendlich soll die Reform mehr Fachkräfte motivieren, eine Weiterbildung aufzunehmen. Eine moderne Förderung, die dabei unterstützt, Weiterbildung, Beruf und Familie auszubalancieren, ist dafür der richtige Weg.

6. Wie die Zukunft des BAföG aussehen kann

Die 26. BAföG-Novelle steht an, noch bis Ende dieses Jahres soll der Referentenentwurf der Bundesregierung vorliegen, der sich an dem vom Bundesbildungsministerium vorgelegten Eckpunktepapier orientieren wird. Die Arbeitsgruppe Bildung und For-

schung der SPD-Bundestagsfraktion hat nun ein Positionspapier verabschiedet, in dem sie aufzeigt, welche Entwicklung das BAföG mittel- und langfristig nehmen kann.

Ziel der anstehenden Novelle ist es, das BAföG wieder zu einem Förderinstrument zu machen, das bis in die Mitte der Gesellschaft wirkt. Damit das BAföG attraktiv und zeitgemäß gestaltet werden kann, reichen die Erhöhung von Freibeträgen und Bedarfssätzen alleine nicht mehr.

Wichtig ist auch, dass das Gesetz flexibel auf die diverser werdenden Lebensentwürfe und damit einhergehenden Bedürfnisse reagiert. Insbesondere muss die Antragstellung so vereinfacht werden, dass sie kein Hindernis darstellt, das Berechtigte davon abhält, ihre bestehenden Förderansprüche geltend zu machen.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist, dass allein die Erhöhung der Wohnpauschale im BAföG nicht die dringend benötigte Entspannung auf dem studentischen Wohnungsmarkt erreichen wird. Hierfür ist vielmehr die Schaffung von weiteren Wohnheimplätzen für Studierende notwendig.

Das BAföG soll das Förderinstrument für Chancengleichheit bleiben. Dieser Aspekt war und ist der SPD-Fraktion wichtig.

Link:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-ag-bf-bafoeg.pdf>

7. Wissenschaftlichen Nachwuchs in der Hochschulmedizin fördern

Der Koalitionsvertrag sieht die Auflegung eines Förderprogramms für forschende Ärztinnen und Ärzten in der Hochschulmedizin (Clinical Scientists) vor. Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung hat sich nach intensivem Austausch mit Expertinnen und Experten, unter anderem im Rahmen eines Fachgesprächs am 8. November 2018, mit klaren Forderungen zum geplanten Förderprogramm positioniert.

Gefordert wird eine zweimalige fünfjährige Anschubfinanzierung in Höhe von 50 Millionen Euro für das neue Förderprogramm. Es sollen sowohl Stellen für junge Ärztinnen und Ärzte geschaffen werden, die sich in der Facharztweiterbildung befinden (Clinical Scientists), als auch für Medizinerinnen und Mediziner, die nach der Facharztweiterbildung als Oberärzte in der Forschung tätig sind (Advanced Clinical Scientists). Wichtig ist auch, dass bis zu 18 Monate der Forschungszeit auf die Facharztweiterbildung angerechnet werden können.

Wissenschaftlich tätige Ärztinnen und Ärzte verkörpern in besonderem Maß die sogenannte Translation, in dem Forschungsergebnisse in die praktische Anwendung übertragen werden. Denn durch ihre Arbeit können Erkenntnisse aus der klinischen Forschung schneller in die Patientenversorgung einfließen und so den Patienten unmittelbar zu Gute kommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich verstärkt dafür einsetzen, dass Ärztinnen und Ärzte, die als Clinical Scientists in der Forschung arbeiten wollen, eine attraktive und verlässliche Arbeitsperspektive bekommen. Dazu gehören klar festgelegte For-

schungszeiten, eine angepasste Gesamtarbeitszeit sowie die Vereinbarkeit von Beruf, Facharztweiterbildung und Privatleben (work-life-balance).

Von der finanziellen Förderung erwarten wir nicht nur eine Verbesserung für junge Ärztinnen und Ärzte sowie für Universitätskliniken, sondern auch mehr Attraktivität für den Wissenschaftsstandort Deutschland.

8. Perspektiven für Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen verbessern

Ein Positionspapier der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion nimmt die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) und Fachhochschulen (FH) in den Fokus. Die HAW und FH stehen vor besonderen Herausforderungen in Bezug auf Personalgewinnung, Qualität der Lehre, Forschung und Internationalisierung. Die SPD fordert für diesen Hochschultyp deutlich mehr Unterstützung seitens des Bundes. Die Beschlüsse der GWK-Sitzung vom 16. November 2018 zur Gewinnung von professoralem Nachwuchs und zur Forschungsförderung an HAW/FH weisen in die richtige Richtung. Der Ansatz muss nun ausgebaut werden:

Für die SPD-Bundestagsfraktion sind die HAW und FH mit ihren breiten Zugangsvoraussetzungen zum Studium unverzichtbar für mehr Gerechtigkeit und Erfolg im Bildungssystem. Mit ihrer Anwendungsorientierung sind sie Motor für regionale wirtschaftliche Entwicklungen. Auf dem Arbeitsmarkt sind die Studierenden mit diesem Abschluss gefragte Fachkräfte. Ihre Zahl steigt kontinuierlich. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb eine substanzielle Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten von HAW und FH: Mit einer besseren Nachwuchsförderung und planbaren Karrierewegen für unbefristete Stellen bis zur Professur; durch eine angemessene Berücksichtigung der FH/HAW bei der Verteilung der verstetigten Hochschulpaktmittel für eine qualitätsvolle Lehre; und mit einer Anerkennung der Forschungsleistung durch einen Pakt für die Fachhochschulen, der höhere und dynamisierte Forschungsmittel auch für internationale Kooperationen bereitstellen soll.

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz hat Bund-Länder-Vereinbarungen zur Unterstützung der HAW und FH beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Anerkennung der Forschungsleistung an FH und HAW durch die Verstetigung des finanziellen Engagements. Es muss jedoch auch klar sein, dass die Förderung zwingend zusätzlich erfolgt und die bestehende Projektförderung nicht ersetzen darf. Mit der Förderung zur Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal konnte leider noch keine Gleichwertigkeit mit der Nachwuchsförderung an den Universitäten erzielt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion will für die HAW und FH einen deutlich größeren Schub erreichen. Der Bund sollte sich seiner besonderen Verantwortung in diesem Sinn bewusst sein.

Link:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-ag-bf-haws-fhs-20181116.pdf>

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>

Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion



(Foto: Susie Knoll)

Dr. Karamba Diaby, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Dr. Wiebke Esdar, MdB



(Foto: Benno Kraehahn)

Yasmin Fahimi, MdB



(Foto: Benno Kraehahn)

Oliver Kaczmarek, MdB



(Foto: Benno Kraehahn)

Martin Rabanus, MdB



(Foto: Susie Knoll)

René Röspel, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB



(Foto: Karoline Wolf, Bildhaus Potsdam)

Dr. Manja Schüle, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Marja-Liisa Völlers, MdB